

Freie Demokraten

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen

FDP



Dr. Werner Pfeil MdL

BERICHT AUS DEM LANDTAG

**Erfolgreicher Start der
neuen Landesregierung**

Jahresrückblick 2017



Sehr geehrte Damen und Herren,

im Mai 2017 wurde ich in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt. Mit dem Abend der Landtagswahl begann eine aufregende Zeit. Zunächst durfte ich bei den Koalitionsverhandlungen mitwirken und meine Gedanken zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einbringen. Wir konnten uns hier gemeinsam mit der

CDU auf viele Punkte verständigen, die unsere Region voranbringen werden. Exemplarisch sei eine engere Zusammenarbeit der Polizeibehörden und die gegenseitige Anerkennung von Berufsschulabschlüssen genannt. Zum Letzteren haben wir im Herbst bereits eine Gesetzesinitiative in den Landtag eingebracht. Des Weiteren habe ich mich besonders für die Abschaffung eines Runderlasses der vorherigen rot-grünen Landesregierung, der den Schulbesuch in unseren Nachbarländern (z.B. auf der internationalen Schule in Maastricht) unterbindet, eingesetzt.

Ein großer Erfolg nach der Sommerpause konnte mit dem Besuch von Bildungsministerin Yvonne Gebauer in Simmerath realisiert werden: Die Förderschule Nordeifel soll erhalten bleiben! Sie war aufgrund der Inklusionspolitik der vorherigen Landesregierung bereits zur Schließung vorgemerkt. Schön, dass wir dies in letzter Sekunde abwenden konnten!

Meine Jungferrede im Plenum durfte ich bereits in der ersten Sitzungswoche des neuen Parlaments zum Thema Tihange halten. Der Pannenreaktor bewegt viele Menschen in unserer Region. Die Abschaltung ist das unveränderte Ziel dieser schwarz-gelben Landesregierung.

Nach den ersten Monaten im Parlament kann ich sagen: Wir haben bereits in diesem Jahr viel erreicht und die richtigen Weichen gestellt. Mehr hierzu erfahren Sie in dieser Broschüre. Aber es liegt auch noch ein anspruchsvoller Weg vor uns, bis Nordrhein-Westfalen wieder an der Spitze steht.

Mit dieser Broschüre möchte ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit als Landtagsabgeordneter geben. Hier können Sie nachlesen mit welchen Themen ich mich befasst habe und was ich mit der FDP-Fraktion im Parlament erreichen konnte.

Für weitere Informationen stehe ich Ihnen mit meinem Team jederzeit gerne zur Verfügung. Schreiben Sie uns einfach oder rufen an.

Herzliche Grüße,

Ihr Dr. Werner Pfeil MdL

Hier können Sie noch einmal detailliert einen Abgleich zwischen unserem Kurzwahlprogramm und dem Koalitionsvertrag nachlesen:

Bildung

- ✓ Schulfreiheitsgesetz: Finanzen, Pädagogik, Personal, G8 oder G9– über all das sollten Schulen künftig selbst entscheiden.
- ✓ Bildung ist eine nationale Kernaufgabe: NRW setzt sich ein für die Aufhebung des Kooperationsverbotes, den wir brauchen keine 16 konkurrierende Systeme.
- ✓ Talent-Schulen für mehr Chancengleichheit: Dreißig exzellente Talentschulen mit modernster Pädagogik und bester Ausstattung werden in Stadtteilen mit den größten Herausforderungen geschaffen.
- ✓ Praxis-Lehrer für neue Impulse: Persönlichkeiten aus Forschung und Wirtschaft sollen ehrenamtlich oder auf Zeit unterrichten.
- ✓ Flexible Kitas: Wir sollen Kitas, deren Öffnungszeiten endlich so flexibel sind werden, wie die Berufswelt der Eltern es erfordert.



Wirtschaft

- ✓ Abbau von Bürokratie
- ✓ Bürokratiefreies Gründerjahr: Konzentrationsmöglichkeit auf Geschäftsidee– ohne viele Hürden, Vorschriften oder fehlenden Zugang zu Kapital.
- ✓ Moderne Energiepolitik: Umweltverträglich, bezahlbar und sicher für Unternehmen und Bürger. Durch Forschung und europäischen Emissionshandel. Nicht durch NRW-Alleingänge.

Digitalisierung

- ✓ Digitale Verwaltung: Mehr Bürgeranliegen müssen von zu Hause gelöst werden können. Für eine E-Government-Offensive.
- ✓ Masterplan für einen schnellen Glasfaserausbau.
- ✓ Schubkraft für neue Ideen: Wer forscht und entwickelt, der erhält Unterstützung (z.B. in Form steuerlicher Anreize).

Sicherheit

- ✓ Mehr Ausstattung und Personal für die Polizei und Entlassung in der Verwaltung (z.B. durch neue Verwaltungsmitarbeiter).
- ✓ In NRW werden salafistische Terroristen rekrutiert. Dagegen muss vorgegangen werden. Gezielte Überwachung von Gefährdern.

Solide Finanzen

- ✓ Überprüfung von öffentlichen Ausgaben, Subventionen, Programmen und Staatsbetrieben.
- ✓ Eigentum fördern: Freibetrag von 500.000 Euro bei der Grunderwerbssteuer beim Erwerb der ersten eigengenutzten Immobilie.
- ✓ Durch schnellere Planungen sollen Bundesmittel gezielter ausgeschöpft werden.



Freie Gesellschaft

- ✓ Bundesratsinitiative für ein modernes Einwanderungsgesetz, das zwischen Flüchtlingen und Einwanderern unterscheidet. Das um Talente wirbt und Integration verbindlich regelt.
- ✓ Frischer Wind: Überholte Vorschriften bei den Ladenöffnungszeiten und beim Namensrecht werden abgeschafft.
- ✓ Bauen ermöglichen: Den Landesentwicklungsplan werden wir überarbeiten, damit Wachstum durch neue Siedlungs- und Gewerbeflächen möglich ist.

Persönlich liegt mir bekanntlich die **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit** besonders am Herzen. Hier konnten wir uns mit der CDU auf folgende Punkte verständigen:

- ✓ Ermöglichung von grenzüberschreitenden Kita- u. Schulbesuchen.
- ✓ Förderung von EUREGIO-Profilschulen.
- ✓ Die Vergabe und Anerkennung von bi- u. trinationalen Berufsabschlüssen.
- ✓ Unterstützung der Hochschulen bei der Etablierung grenzüberschreitender Studiengänge.
- ✓ Förderung der grenzüberschreitenden Wissenschaftsregion durch Etablierung eines europäischen Wissenschaftsnetzwerkes und stärkere Ko-Finanzierung von EU-Programmen.
- ✓ Verbesserte Zusammenarbeit der Krisenzentren bei Naturkatastrophen und die Zusammenarbeit beim Hochwasserschutz verbessern (z.B. Rhein).
- ✓ Identifizierung und Abbau von Hemmnissen für Grenzpendler.
- ✓ Schaffung einer grenzüberschreitenden Arbeitsvermittlung.
- ✓ Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Polizei, z.B. durch Verbindungsbeamte.
- ✓ Gemeinsame Ermittlungsgruppen, z.B. gegen Geldautomatensprengungen u. Einbrecherbanden.
- ✓ Einsätze von NRW-Polizeibeamten in EU-Einsätzen aktiv fördern.





Zu Beginn dieses Jahres (2018) habe ich gemeinsam mit Kollegen von CDU und FDP den zweiten Europaantrag in dieser Legislaturperiode ins Parlament eingebracht. Dieser befasst sich zunächst mit dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt und fordert eine engere Zusammenarbeit zwischen der deutschen Bundesagentur für Arbeit und den Behörden auf niederländische bzw. belgischer Seite. Kernmaßnahme ist der Ausbau einer grenzüberschreitenden Jobbörse für die EUREGIOS. In diesem Kontext fordern die Regierungsfractionen auch den Ausbau der Website www.grenzinfopunkt.eu mit dem Ziel, dass hier zentral alle Informationen über grenzüberschreitendes Arbeiten abrufbar sind.

Ein Mittelpunkt der Initiative ist die Aufnahme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als wichtigen Punkt bei der NRW-Digitalisierungsstrategie. In diesem Kontext wird ein besseres Informationsangebot, zum Beispiel über die Möglichkeiten bei der Anerkennung von Berufsausbildungsabschlüssen, gefordert. Des Weiteren wird neben der Plattform zur Arbeitsvermittlung auch ein Tool zur Vermittlung von grenzüberschreitenden Praktika für Auszubildende geschaffen. Diese sollen später den Einstieg in eine grenzüberschreitende Arbeitstätigkeit vereinfachen.

Abschließend ist es eine zentrale Darstellung der grenzüberschreitenden Projekte aller NRW-Hochschulen auf einem Portal geplant. Dieses Angebot wird insbesondere Studierenden einen besseren Überblick über die Angebote und Möglichkeiten bei grenzüberschreitenden Studiengängen mit bi- und trinationalen Abschlüssen geben.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart setzt als Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie den Koalitionsvertrag beharrlich um. Bereits im Jahr 2017 hat er zwei Entfesselungspakete eingebracht, die unserer Wirtschaft gut tun und das Leben in NRW vereinfachen. Die oberste Prämisse der Maßnahmen ist der Bürokratieabbau. So werden im Entfesselungspaket 1 die Änderung/ Verschlinkung von 39 Verordnungen und Gesetzen vorgesehen. Im Entfesselungspaket 2 sind 23 Maßnahmen definiert. Hier nur ein kleiner Überblick:



- **Ladenöffnungszeiten:** Die Zahl der möglichen Verkaufsoffenen Sonntage wird von vier auf acht erhöht. Die Öffnungszeiten an Samstagen werden komplett freigegeben (6 mal 24h).
- **Tariftreue- und Vergabegesetz:** Die komplizierten Nachweispflichten bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen werden verschlankt. NRW treibt die elektronische Abwicklung des gesamten Beschaffungsvorgang voran.
- **Hygiene-Ampel:** Die komplizierte Regelung wird komplett gestrichen. Es sollen Auszeichnung auf freiwilliger Basis entwickelt werden.
- **E- Gewerbeanmeldung:** Statt bis zu 20 verschiedene Formulare auszufüllen, soll es ein digitales Tool geben.
- **E-Rechnung:** Es wird nachhaltig auf Papier-Rechnungen verzichtet. Digitale Rechnungen sind ausreichend, auch und vor allem für die Landesverwaltung.
- Die **Bekämpfung der Schwarzarbeit** soll durch eine bessere digitale Vernetzung der Behörden effizienter und schlagkräftiger gestaltet werden.
- Der **Landesentwicklungsplan (LEP)** soll geändert werden und Kommunen mehr Spielraum bei der Ausweitung von Bau- und Gewerbeflächen bieten.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Probleme von Grenzpendlern beheben-

Wir sind auf dem richtigen Weg



Dr. Werner Pfeil MdL referiert bei der Tagung der Grenzinfpunkte in Belgien

Die Probleme von Grenzpendlern, also Menschen die beispielsweise in Deutschland leben und in den Niederlanden arbeiten möchten, sind vielfältig und schwerfällig. Und es betrifft immer mehr Bürger. Eine kleine Übersicht finden Sie auf der rechten Seite (weitergehendes auf meiner Homepage). Das ITEM-Institut der Universität beschäftigt sich seit Jahren schwerpunktmäßig mit diesen Problemen und möglichen Lösungen. Oftmals fängt es schon im Bildungs- und Ausbildungsbereich an. Nordrhein-Westfälische Bürger können nicht ohne weiteres ihr Kind nach Maastricht in die Internationale Schule schicken. Die Probleme setzen sich dann im späteren Erwerbsleben fort. Bisher sind die Berufsausbildungsabschlüsse nicht automatisch gegenseitig anerkannt. Die Arbeitnehmer müssen viele Formulare ausfüllen und dann erst einmal einen Anpassungslehrgang besuchen. Ist diese Hürde überbrückt, stehen die Menschen vor dem Problem der unterschiedlichen Gesundheitssysteme. Ein Niederländer, der sich bei seinem deutschen Arbeitgeber krank melden möchte, benötigt hierfür oftmals einen „gelben Schein“. Diese Krankmeldung stellt sein niederländischer Arzt jedoch nicht aus. Die Liste der Themen kann immer weiter fortgesetzt werden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist immer mein Herzensthema gewesen. Ich werde mich daher dafür einsetzen, möglichst viele Probleme von Grenzpendlern zu beseitigen.

Erfreulicherweise konnten wir im November ein erstes Gesetz in den Landtag einbringen, das sich der Zusammenarbeit im Bildungsbereich widmet. So sollen die Euregio-Profilschulen gestärkt, die Anerkennung von Berufsausbildungsabschlüssen vereinfacht und bereits in der Ausbildung grenzüberschreitende Module angeboten werden.

Den Gesetzesantrag und weitere Informationen finden Sie auf meiner Homepage www.wpfeil.de.

Wussten Sie, dass in der NRW-Grenzregion folgendes Problem besteht?

„Grenzgänger mit Wohnsitz in den Niederlanden und Arbeitsplatz in Deutschland müssen für ihr Kindergeld jährlich eine Verlängerung mit umfangreicher Dokumentation beantragen.“

Quelle: ITEM, Universität Maastricht

Wussten Sie, dass in der NRW-Grenzregion folgendes Problem besteht?

„Niederländische Arbeitnehmer geben Ihre Krankmeldung bei der UWV ab. Deutsche Arbeitgeber akzeptieren dies nicht und fordern einen „gelben Schein“ von einem deutschen Hausarzt. Niederländern haben jedoch oftmals keinen deutschen Hausarzt.“

Quelle: ITEM, Universität Maastricht

Wussten Sie, dass in der NRW-Grenzregion folgendes Problem besteht?

„Grenzgänger (wohnhaft in den Niederlanden, erwerbstätig in Deutschland) mit einer geringfügigen Beschäftigung erhalten von Versicherungsgesellschaften in den Niederlanden keine und Deutschland aufgrund des Prinzips des Landes der Erwerbstätigkeit bzw. einer Befreiung von der Krankenversicherungspflicht nicht angenommen. Diese Menschen haben somit keine Krankenversicherung.“

Quelle: ITEM, Universität Maastricht

Wussten Sie, dass in der NRW-Grenzregion folgendes Problem besteht?

„Das Verfahren zur Anerkennung von Zeugnissen darf maximal 4 Monate dauern, kann jedoch erst starten, wenn die betreffende Akte mit den Unterlagen und den Zeugnissen vollständig ist. In dieser Zeit können Absolventen aus Maastricht oder Lüttich in Deutschland nicht arbeiten.“

Quelle: ITEM, Universität Maastricht

2017 in Bildern

meine persönlichen Eindrücke



Die FDP-Landtagsfraktion bei der Vereidigung von Armin Laschet zum Ministerpräsidenten



Die erste Rede im Plenum



Bezirksveranstaltung zum Mitgliederentscheid in Düren



Mit der Fraktion bei der Gamescom in Köln



Marius Bentz ist neuer Bezirksvorsitzender der Julis in Aachen



Bardenberg wird 1500 Jahre- Feier mit Ministerpräsident Laschet



Besuch in Stolberg: Dietmar Brookes MdL, Vorsitzender des Europaausschusses besucht die Region

Austausch mit der VVD zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Blaustein-See in Eschweiler



Diskussion in der Waldorfschule Aachen

Großer Erfolg direkt nach der Sommerpause
Förderschulstandort Nordeifel bleibt erhalten



v.l. StädteRegionsrat Helmut Etschenberg, Bürgermeister Karl-Heinz Hermanns, Ministerin Yvonne Gebauer und Dr. Werner Pfeil MdL

Seit mehr als zwei Jahren erregt die mögliche Schließung des Förderschulstandortes Simmerath die Gemüter in der Nordeifel. Die vorherige Landesregierung aus SPD und Grünen hatte diese über die Bezirksregierung Köln angeordnet. Glücklicherweise trat der Regierungs- und Politikwechsel gerade noch rechtzeitig ein. Erfreulicherweise konnte die neue Landesregierung, auch wegen meiner persönlichen Vermittlung, eine vorläufige Schließung abwenden.

Nach den Landtagswahlen im Mai hat die neue Koalition aus CDU und FDP beschlossen, an den Förderschulen festzuhalten, da betroffene Kinder hier oftmals eine intensivere Förderung zugutekommt als auf einer Regelschule. Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) hatte direkt nach Amtsantritt angeordnet, alle von der Schließung bedrohten Förderschulen in NRW einer umfangreichen Prüfung zu unterziehen. Ziel der Prüfung sollte eine Offenhaltung der jeweiligen Schulen unter dem Blickwinkel der wohnortnahen Beschulung und der Beachtung des Elternwahlrechts sein.

Bei ihrem Besuch in Simmerath hat Ministerin Gebauer verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, den Schulstandort zu erhalten. Persönlich habe ich mich über diesen Erfolg sehr freut, da die Förderschulen einen wichtigen Bestandteil des Schulsystems darstellen. Wir arbeiten weiter an einer Lösung zur wohnortnahen Beschulung.

Feuerwehr

Erster Austausch mit Vertretern der NRW- Feuerwehrgewerkschaft

Im Innenausschuss des Landtags engagiere ich mich als Sprecher der FDP für den Bereich „Feuerwehr & Katastrophenschutz“.

In diesem Kontext habe ich mich sehr über den Besuch von Vertretern der Deutschen Feuerwehrgewerkschaft– Landesgruppe NRW bei den FDP-Abgeordneten im Innenausschuss gefreut. Herr Jedamzik und Herr Rosen schilderten uns den Alltag und die Probleme der Feuerwehrleute. Derzeit erarbeiten wir in der FDP-Landtagsfraktion ein Konzept für den Bereich Feuerwehr und Katastrophenschutz, in dem sich auch viele Punkte aus dem Gespräch mit der Feuerwehrgewerkschaft wiederfinden.



v.l. Christan Mangen MdL, Mark Lürbke MdL, Herr Jedamzik und Herr Rosen (DFeuG), Alexander Brockmeier MdL u. Dr. Werner Pfeil MdL

Kommunalwahlen

2,5% Sperrklausel entfällt

Im Jahr 2016 haben CDU, SPD und Grüne eine Verfassungsänderung beschlossen, die eine 2,5% Sperrklausel bei Kommunalwahlen beinhaltet. Demnach würden Parteien mit einem Ergebnis unter 2,5% in den kommunalen Parlamenten nicht berücksichtigt. Die Liberalen haben sich seinerzeit aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken enthalten. Am 24.10.2017 fand nun, nach Klage mehrerer kleiner Parteien, die mündliche Verhandlung vor dem

Landesverfassungsgericht NRW in Münster statt. Als Vorsitzender des Rechtsausschusses des Landtags habe ich an der Verhandlung teilgenommen. Die Sperrklausel wurde von den Richtern als Verfassungswidrig bewertet.



Die NRW-Delegation bei Gericht.



v.l. Dr. Werner Pfeil MdL u.. Jörn Freynick MdL (beide FDP-Fraktion)

Mit Streetscouter und eGo-Mobile haben zwei Aachener Unternehmen die Nase vorn bei elektrobetriebenen Nutzfahrzeugen. Mit Streetscouterfahrzeugen stellt die Deutsche Post/ DHL bundesweit bereits heute Pakete zu. Nun soll das Zustellnetz mit den E-Zustellfahrzeugen massiv ausgebaut werden. Besonders positiv für unsere Region ist hierbei, dass die Autos nicht nur in Aachen entwickelt werden, sondern auch in der Region produziert werden. Es entstehen z.B. Arbeitsplätze in Düren. Das Aachener Start-Up eGo-Mobile hat das günstigste Elektroauto entwickelt. Der eGo-Life ist bereits für 12.500 Euro zu haben. Persönlich freue ich mich über die Innovationen aus Aachen. Diese sind gut für unseren Standort und müssen gefördert werden. Und hierfür hat sich NRW-Wirtschaft- u. Innovationsminister Prof. Pinkwart bereits selbst ein Bild in Aachen gemacht.

Hoch innovativ geht es auch bei dem Auto-glasshersteller Sekurit zu, der in Herzogenrath seine Produktionslinie erneuert und digitalisiert. Durch hunderte Sensoren an der Produktionskette können kleinste Fehler im Autoglass bemerkt und automatisch behoben werden. Die geringe Fehlerquote ist einzigartig in der Industrie. CEO Dr. Kranz erläuterte mir bei einem Rundgang die Veränderungen durch die Digitalisierung und zeigte mir ein Schulungszentrum für die Belegschaft. Demnächst baut Sekurit ein Forschungs- und Entwicklungszentrum in Herzogenrath.



Produktionsbesuch: v.l. Dr. Werner Pfeil MdL, Dr. Stephan Kranz (CEO Sekurit) und Björn Bock

In der Regel tagen die Ausschüsse des Parlamentes im Düsseldorfer Landtagsgebäude am Rhein. Außentermine sind selten. Umso erfreulicher war es, dass der Rechtsausschuss des Landtages seine dritte Sitzung in dieser Legislaturperiode im Schwurgerichtssaal des Aachener Justizzentrums abhielt. Anlass für den Wechsel des Tagungsortes war der „Tag der Europäischen Justiz und die Verabschiedung der Römischen Verträge vor 60 Jahren“. Dieses Ereignis in der Grenzstadt Aachen zu feiern, machte für mich als Aachener, großen Sinn. In meiner Einstiegsrede habe ich dann auch auf die Vorzüge der europäischen Rechtsprechung hingewiesen: „Die vielen Vorzüge der Europäischen Zusammenarbeit zeigen sich in allen Politikfeldern, aber auch und gerade auf dem Gebiet der Justiz“. Viele Rechtsakte der EU haben die grenzüberschreitende Durchsetzung von Rechten erleichtert. Im weiteren Verlauf der Sitzung berichtete Martin Unfried vom „Institute for Transnational and Euregional Cross border and Mobility“ (kurz ITEM) von der Universität Maastricht, über die Alltagsprobleme von Grenzpendlern.



Tag der Europäischen Justiz

Rechtsausschuss des Landtags tagt in Aachen



Digitalisierung

Aachen wird Modellregion- mehr digitale Angebote für Bürger und Unternehmen

Der Minister für Digitalisierung und Wirtschaft, Prof. Pinkwart, hat am 12.01.2018 bekannt gegeben, dass die StädteRegion Aachen neben Soest, Wuppertal und Gelsenkirchen digitale Modellregion wird. Alle Modellregionen erhalten gemeinsam eine Förderung von 91 Mio. Euro um digitale Angebote für Bürger und Unternehmen zu entwickeln. Minister Pinkwart schätzt an der Region Aachen die exzellente Forschungsinfrastruktur und die Lage, die sich für internationale Kooperationen ideal eignet. Persönlich freue ich mich, dass die Landesregierung die Digitalisierung gerade in unserer Region vorantreibt.



Die Landtagsfraktionen von FDP und CDU haben am 9. Januar 2018 beschlossen, dass zur Weiterentwicklung des Campus-West in Aachen eine Verpflichtungsermächtigung von der Landesregierung in Höhe von 15. Mio. Euro parallel mit dem Beschluss zum Haushalt 2018 abgegeben wird. Die Verpflichtungsermächtigung ist eine Festlegung im Haushalt des Landes, die für konkrete Investitionen zur Weiterentwicklung des Campus-West in der Zukunft führt. Persönlich finde ich es sehr erfreulich, dass die Regierungsfractionen mit ihren gemeinsamen Änderungsvorschlägen und gerade auch mit dieser Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2018 einen großen Schritt gemacht haben. Die Weiterentwicklung des Campus West ist für die unsere Region von großer Bedeutung.

EUREGIO-Profileschulen

Finanzielle Möglichkeiten werden im Haushalt 2018 verbessert

Die vier EUREGIOS entlang der niederländisch/ belgisch/ deutschen Grenze erhalten ab dem Jahr 2018 jährlich pro EUREGIO 25.000 Euro, also insgesamt 100.000 Euro mehr für Klassenfahrten und Schulmaterial für die Schulen auf der deutschen Seite. Durch diese zweckgebundene Erhöhung steigt der Haushaltsansatz von 157.100 Euro auf 257.100 Euro. Darüber hinaus erhält der Schüler-Wettbewerb „Nachbar-Sprache und Kultur“ 80.000 Euro mehr. Die Landesregierung tritt durch die Budgeterhöhungen einer Unterfinanzierung der Euregio-Profileschulen entgegen, die bisher kein Budget für Klassenfahrten und Schulmaterial hatten. In der Region Aachen sind mittlerweile mehr als 25 Profilschulen auf deutscher Seite, die mit einer Partnerschule auf belgischer oder niederländischer Seite kooperieren. Die Euregio-Profileschulen sind für unsere Region sehr wichtig. Es ist daher begrüßenswert, dass wir nun den ersten Schritt für eine adäquate Ausstattung vollzogen haben. Gerade gemeinsame Exklusionen führen zu einem besseren Kennenlernen.



Euregioschool

Demnächst E-Mobilität über den Wolken?

„Wir brauchen unbedingt eine neue Landebahn in Merzbrück und das schnell, wenn wir die Revolution des Fliegens von Aachen aus starten wollen.“ So brachte es RWTH Professor und e.GO Mobile Geschäftsführer, Prof. Dr. Günther Schuh, auf den Punkt. Anlass seines Vortrags über die Zukunft des elektromobilen Fliegens war der Besuch des NRW-Ministers für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie, Prof. Dr. Andreas Pinkwart, im Haus der StädteRegion Aachen. Auf meine Einladung hin war Andreas Pinkwart nach Aachen gekommen, um sich aus erster Hand über die Ausbaupläne zu informieren.

Kernpunkt der Planung ist, wie der Geschäftsführer der Flugplatz Aachen Merzbrück (FAM) GmbH, Uwe Zink, erläuterte, die Ertüchtigung der Landebahn und die Verschwenkung um 10 Grad, weg von der Bebauung. Damit soll der Landeplatz zukunftsfähig und EU-konform dauerhaft gesichert werden. Das hat besondere Bedeutung für die Entwicklung eines Flugzeugs der ganz neuen Art, dem „Silent Air Taxi“. Das Flugzeug der Zukunft ist eine Entwicklung der Air s.Pace GmbH, einem Zusammenschluss verschiedener Disziplinen aus RWTH, FH Aachen sowie zahlreichen Instituten, und macht seinem Namen alle Ehre: „Wenn sie 100 Meter neben der Landebahn stehen, können sie das Flugzeug schon nicht mehr hören, schildert Professor Schuh einen der großen Vorteile. Die Lautstärke beim Start vergleicht er mit einer Waschmaschine. Geplant ist die Serienfertigung des Leichtbauflugzeuges, das sechs Personen befördern kann und mit einem Elektrohybriden Antriebsstrang unter Verwendung einer Brennstoffzelle angetrieben wird. Das „Silent Air Taxi“ soll zukünftig aber auch ohne Pilot im Autonomen Fliegen Waren befördern können, die „just in time“ geliefert werden müssen.



Austausch in der StädteRegion Aachen mit Minister Prof. Pinkwart zur Zukunft des Flugplatzes Merzbrück



Dr. Werner Pfeil MdL

**Tihange abzuschalten bleibt
unser vorrangiges Ziel**

Der belgische Pannenmeiler Tihange war auch 2017 ein Dauerthema bei mir und meinem Team. Gleich zwei Mal habe ich hierzu im Plenum gesprochen.

Die Menschen in der Grenzregion sehen die Entwicklungen in Belgien mit großer Besorgnis. Zu Recht! Wir werden uns daher weiter dafür einsetzen, dass der Pannenmeiler abgeschaltet wird.

Dies habe ich wiederholt im Plenum gefordert. Das Fordern der Abschaltung alleine reicht natürlich nicht aus. Die neue Landesregierung führt

daher erstmals intensive Gespräche mit der belgischen Regierung und dem Betreiber Electrabel. Beides hatte die Vorgängerregierung unterlassen. Electrabel ist zwischenzeitlich auch zu Gesprächen bereit. Ein erster Schritt wäre nun, dass internationale Wissenschaftler sich einen Überblick vor Ort im Kraftwerk verschaffen können und dort alle notwendigen Unterlagen einsehen können sowie entsprechende Kopien zur Auswertung erhalten. Der Betreiber Electrabel möchte bisher jedoch nur Einsicht gestatten, was bei der Komplexität der Anlage vollkommen unzureichend ist.

Im Herbst wurden u.a. in der StädteRegion Aachen kostenfrei Jodtabletten ausgegeben. Uns erreichten viele Anfragen, warum nur Personen bis einschließlich 45 Jahren diese erhalten haben. Kurz gesagt, dies hat gesundheitliche Gründe: Die Tabletten bewirken, dass radioaktives Jod die Schilddrüse nicht schädigen kann. Bei Menschen über 45 Jahren schädigt die Einnahme die Schilddrüse, statt sie zu schützen.

Weitere Informationen zu Tihange und den medizinischen Gründen der Jodtabletten finden Sie auf meiner Abgeordnetenhomepage www.wpfeil.de.



*Teilnahme an der Menschenkette im Sommer:
v.l. Sabine Verheyen
MdEP, Ursula Thönnissen
(CDU-AC, Frank Schniske
(FDP) und Dr. Werner Pfeil MdL*



Am 15. November erhielt ich erstmals Besuch von meiner eigenen Besuchergruppe. Gekommen waren 50 interessierte Bürger der StädteRegion Aachen und natürlich viele Mitglieder der FDP. Zunächst hatte die Gruppe die Möglichkeit von der Besuchertribüne aus an einer Plenarsitzung teilzunehmen. Dies war an diesem morgen besonders interessant, da der Haushalt von Landesfinanzminister Lutz Lienenkämper eingebracht wurde.

Im Anschluss gab es einen einstündigen Austausch (Bild unten) in einem Sitzungssaal des Parlaments. Die Themen und Fragen hierbei waren sehr vielfältig: Beginnend mit dem Pannereaktor Tihange streifte die Diskussion die Migrationspolitik, Infrastrukthemen und endete bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Leider war die Zeit am Ende viel zu knapp, um alle Fragen zu beantworten. Dennoch hat es mir viel Freude bereitet.

Die Gruppe ging im Anschluss an den Besuch im Parlament zu einem gemeinsamen Mittagessen ins Brauhaus Füchschen und erkundete anschließend im Rahmen einer Stadtführung die Düsseldorfer Altstadt.

Wenn auch Sie Interesse an einem Besuch im Landtag haben, kontaktieren Sie uns gerne: wahlkreis@wpfeil.de.





Eine Information des Abgeordneten:

Dr. Werner Pfeil MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel. (0211) 884- 2898

Fax (0211) 884- 3644

Mail: werner.pfeil@landtag.nrw.de

Web: www.wernerpfeil.de